

Vorschläge für Klimaschutzmaßnahmen



Am ITAS denken wir in Alternativen und erarbeiten diese in vielfältigen Projekten mit Bezug zur Klimakrise. Die hier genannten Vorschläge verstehen wir als Anstoß zur Diskussion im Rahmen unserer öffentlichen Veranstaltung „Open ITAS“ am 19. und 20. September 2019. Sie basieren auf der Forschungsarbeit von Mitarbeitern am Institut, die für Rückfragen gerne zur Verfügung stehen (siehe ⁱ, ⁱⁱ, ⁱⁱⁱ).

Sektor **Vorschlag** **Wer könnte ihn umsetzen?**

Wirtschaft

CO₂-Divestment **EU, Bund, alle Institutionen, Unternehmen und Privatpersonen**

Nach wie vor werden Milliarden Euro in die Erschließung von fossilen Rohstoffquellen und die Errichtung von fossilen oder atomaren Kraftwerken investiert. Viele dieser Unternehmen benötigen hierfür Kredite oder sind an der Börse gelistet. Jede Institution und jede Person, die über ein Aktiendepot oder über ein Bankkonto verfügt, kann ihr Geld zu einer Bank wechseln, die derartige Investitionen nicht tätigt. Dies

machen weltweit schon viele Fonds, z.B. der Norwegische Staatsfonds, der größte Fonds der Welt.ⁱ

Klimaschadensauswirkungsprüfung **EU, Bund, Bundesländer, Kommunen**

Ähnlich der Prüfung, welche Auswirkungen eine Entscheidung auf die Finanzen hat, wäre es bedenkenswert, bei politischen Entscheidungen zukünftig darüber zu berichten, welche Auswirkungen diese auf die Emission von Treibhausgasen hat.ⁱ

Förderung der Gebiete in Deutschland, die durch Abwanderung geprägt sind **Bund, Länderkammer**

In Deutschland gibt es Regionen, in die in den letzten Jahren viele Menschen gezogen sind. In diesen Regionen entsteht ein Druck, neue Gebäude zu errichten. Auf der anderen Seite gibt es viele Gebiete, aus denen Menschen weggezogen sind. Hier stehen oft Gebäude leer und es sind Infrastrukturen vorhanden, die nicht genutzt werden. So sind die Bevölkerungszahlen der westlichen Bundesländer auf einem Rekordniveau, während in den östlichen Bundesländern die Bevölkerungszahl auf das Niveau von 1905 gefallen ist. Vermehrte Förderung der Ansiedlung von Unternehmen in den neuen Bundesländern würde den Bebauungsdruck im Westen mit allen verbundenen Emissionen von Treibhausgasen verringern.ⁱ

Verkürzung der Arbeitszeit **EU, Bund, Gewerkschaften, Unternehmen, Arbeitnehmer*innen**

Arbeitszeitverkürzungen können eine Schlüsselrolle beim Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise spielen. Schon eine Reduzierung der Arbeitszeit um nur einen Tag könnte massive Reduktionen von Treibhausgasemissionen, etwa des Pendelverkehrs, zur Folge haben und den CO₂-intensiven Konsum reduzieren. Forschende gehen davon aus, dass es so auch zu positiven Wirkungen auf das individuelle Wohlbefinden, die Psyche und die Produktivität von Arbeitnehmer*innen kommen würde. Arbeitszeitverkürzungen haben das Potenzial, den ökonomischen Fortschritt nicht in die Produktion von

mehr Gütern, sondern in mehr frei verfügbare Zeit für alle zu lenken.ⁱⁱ

Digitalisierung und Klimaschutz verbinden **EU, Bund, Unternehmen**

Die Digitalisierung verändert in rasendem Tempo unseren Alltag und unsere Wirtschaft. Um ihre negativen ökologischen Auswirkungen zu regulieren, werden Grenzen für den Energie- und Ressourcenverbrauch digitaler Systeme diskutiert. Andererseits wäre es eine Option, die Möglichkeiten, den Alltag mit Hilfe digitaler Technologien besser zu organisieren, auszubauen. Hierfür wären staatliche Mittel und Regulierungen erforderlich, um die Dominanz digitaler Monopole zurückzudrängen.ⁱⁱⁱ

Energie

Aufstellung von nachhaltigen regionalen Energiebilanzen **EU, Bund, Bundesländer, Kommunen**

Um die Energieversorgung auch ohne atomare und fossile Energieträger zu sichern, muss ausreichend Energie aus erneuerbaren Ressourcen erzeugt werden. Um diese Versorgung planen zu können, ist die Aufstellung von nachhaltigen Energiebilanzen hilfreich.ⁱ

Finanzielle Förderung von Energiegenossenschaften **Bund**

Die Beteiligung der Bürger*innen an der Energiewende ist essenziell. Eine vielversprechende Möglichkeit für Bürger*innen an den positiven Erträgen der Energiewende zu partizipieren, ist die Förderung von Energiegenossenschaften.ⁱ

Bioabfall und Klärschlamm energetisch nutzen **EU, Bund, Länder**

In den Bioabfällen von Haushalten, Gastronomie oder Lebensmittelindustrie sowie in Klärschlamm stecken erhebliche Mengen an chemisch gebundener Energie. Eine Option wäre, Vorgaben zu machen, diese Mengen an Energie nicht ungenutzt in die Umwelt zu entlassen oder zu deponieren, sondern energetisch zu nutzen.ⁱ

Erleichterung der Selbstnutzung von selbsterzeugtem Strom **Bund**

Es bestehen einige regulatorische Hürden (Höchstgrenze der Anlage, Vorgaben an Verträge, ...), damit Strom aus Mieterstrommodellen als solcher gefördert wird. Option: Die Hemmnisse beseitigen, um diese Art der Stromerzeugung attraktiver zu machen.ⁱ

Landwirtschaft und Flächenverbrauch

Förderung von CO₂-bindender Bodenbearbeitung **EU, Bund**

Ein Großteil des CO₂ ist in den Böden gespeichert. Es wird in der Regel bei Entwässerung und intensiver Bodenbewirtschaftung freigesetzt und damit treibhauswirksam. Option: Einführung eines Programms zum Aufbau von Böden.ⁱ

Verbot von Import von Soja und Palmöl, welches nicht bestimmten Nachhaltigkeitskriterien entspricht **EU, Bund**

Sowohl für den Soja-, als auch für den Palmölanbau werden oft Urwälder gerodet. Neben der Emission von in den Urwäldern gespeichertem CO₂ werden oft auch große Mengen an CO₂ aus den Böden freigesetzt. Es wäre daher eine Handlungsoption, kein Soja und kein Palmöl aus derartigen Flächen zu importieren.ⁱ

Finanzierung von Wiederbewaldung und Aufforstung **EU, Bund**

Wälder sind immense Speicher für CO₂ und haben darüber hinaus viele weitere positive Effekte für die Ökosysteme und den Menschen.ⁱ

Erhöhung der Mehrwertsteuer auf tierische Produkte **Bund**

Bei der Herstellung von tierischen Produkten werden in der Regel deutlich mehr treibhauswirksame Gase im Verhältnis zum Gewicht der Nahrung produziert als bei pflanzlichen Nahrungsmitteln. Eine Handlungsoption wäre, tierische Produkte zu verteuern, um die Nachfrage danach zu senken und gleichzeitig die Nachfrage nach Lebensmitteln, in denen wenig oder

keine tierischen Erzeugnisse verarbeitet werden, zu erhöhen. Dies könnte dadurch erfolgen, dass tierische Produkte nicht weiterhin dem ermäßigten, sondern in Zukunft dem normalen Mehrwertsteuersatz unterliegen.ⁱ

Umbau des Systems aus Grundsteuer und Grunderwerbssteuer **Bund, Länder**

Bodenspekulationen sorgen für eine verstärkte Bautätigkeit. Für Neubauten wird zum einen direkt viel Energie benötigt (Betonherstellung, Stahlherstellung etc.). Außerdem wird durch Infrastrukturbauten und deren notwendigen Unterhaltung weiterer Energieverbrauch initiiert. Durch effektive Ausnutzung der vorhandenen Gebäude könnte der Neubau verringert werden. Ein Umbau des Systems aus Grundsteuer und Grunderwerbsteuer könnte zu einer besseren Ausnutzung der Bestandsgebäude beitragen.ⁱ

Änderung der Bauvorgaben hin zum flächensparenden Bauen **EU, Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen**

Die Ausweitung der bebauten Fläche erhöht in der Regel den Energieverbrauch. Eine Option, um weitere Ausweitungsnotwendigkeiten zu reduzieren, wäre es, bei Neubauten zu ermöglichen, keine Parkplätze mehr ausweisen zu müssen. Parken sollte in der Regel mehrgeschossig erfolgen. Dazu würde gehören, keine breiteren Stellplätze mit noch mehr Flächenverbrauch pro Fahrzeug zu errichten, leichter Mischgebiete auszuweisen, die z.B. Wohnen über Parkflächen oder über Supermärkten leichter ermöglichen.ⁱ

Mobilität

Ausstiegsweg für Landfahrzeuge mit fossilen Verbrennungsmotoren **EU, Bund**

Der Verkehr ist der Bereich, dessen klimawirksame Emissionen in den letzten Jahren praktisch nicht gesunken sind. Eine naheliegende Option wäre, den Landverkehr in Deutschland deutlich vor 2050 zu dekarbonisieren, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen.ⁱ

Verbot von Inlandsflügen **Bund**

Fliegen ist eine der Aktivitäten mit den höchsten treibhauswirksamen Emissionen. Am meisten Emissionen pro Zeit werden beim Start ausgestoßen. Die emittierte Menge an Treibhausgasen ist bei Inlandsflügen besonders hoch. Eine Option wäre, Inlandsflüge massiv einzuschränken oder vollständig zu verbieten.ⁱ

Demokratie

Klimawandelbildung **Bund, Länder**

Verhalten wird u.a. durch Wissen geprägt. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Wissen über den Klimawandel und die Maßnahmen, die man ergreifen kann, um diesen zu verringern, in der Bevölkerung aufgebaut wird. Aus diesem Grund wäre es empfehlenswert, den Klimawandel in allen Kindergärten, Schulen und Hochschulen in den Unterrichtsstoff aufzunehmen.ⁱ

Demokratische Partizipation von Bürger*innen in Transformationsprozessen **EU, Bund, Länder, Kommunen**

Städte, Infrastrukturen, Wirtschaftsweisen und das Alltagsleben stehen vor der Herausforderung, sich vielfältig und zügig zu ändern. Dieser Wandel erfordert es, dass neue Technologien und soziale Veränderungen zusammenwirken. Dafür braucht es die kollektive Intelligenz und die geteilte Verantwortungsübernahme, die nur demokratische Prozesse liefern können.ⁱⁱⁱ

Für Rückfragen stehen die Autoren der Vorschläge gerne zur Verfügung: ⁱDr. Volker Stelzer, ⁱⁱPhilipp Frey M.A., ⁱⁱⁱDr. Christoph Schneider

Kontakt: Jonas Moosmüller, jonas.moosmueller@kit.edu
www.itas.kit.edu/itasforfuture

CC-BY-NC 4.0, ITAS for Future, 19.09.2019